Mittag-Ausgabe.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
C. Fontane
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
J. Klugkist
in Posen.

Nr. 173

Die „**Posener Zeitung**“ erscheint wochentäglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 9. März.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **80 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm.** angenommen.

1892

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung vom 8. März, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die Berathung des Kultusetats wird fortgesetzt bei dem Kap. „Provinzialschulkollegien“.

Die Berathung über die Gehälter der Provinzialschulräthe wird ausgesetzt bis zur Berathung des Normaletats. Das Kapitel wird mit Ausnahme dieses ausgesetzten Titels angenommen.

Bei dem Kap. „Universitäten“ verlangt

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.), daß dem Landtag jede Aenderung der Zweckbestimmung einer Professur zur Kenntniß gebracht werde. Ferner sei die Einführung des Systems der Dienstalterszulagen für Professoren wünschenswerth. Bei dem jetzigen Besoldungsplan könnten oft die Professorenstellen nicht nach dem Wunsche der Fakultäten besetzt werden, und es würden den Fakultäten oft Professoren wider Willen aufoktroyirt.

Abg. **v. Meyer-Arnswalde** (wildk.) bringt das Schreiben der Bonner Studenten an den Rektor zur Sprache, in welchem diese erklären, das sie entgegen der neuen Ferienordnung nach dem 3. März und vor dem 25. April die Kollegien nicht besuchen würden. Das sei ein Exzeß der Naseweisheit

Kultusminister Graf **v. Zedlitz-Trützschler** erwidert, daß ihm von dem Bonner Fall nichts bekannt sei; er werde darüber Erkundigungen einziehen. Was die Ferienordnung betreffe, so schweben noch die Verhandlungen darüber, und es seien konkrete Vorschläge gemacht worden, welche nunmehr den Universitäten zur Begutachtung vorliegen. Ein Definitivum sei in dieser Angelegenheit noch nicht geschaffen.

Abg. Dr. **Lotichius** (lib.) bittet den Minister um einen besonderen Beamten für die zoologische Abtheilung des naturhistorischen Museums in Berlin.

Geh. Rath **Althof** sagt Erwägung in dieser Richtung zu und schließt daran eine Schilderung der günstigen Ergebnisse des orientalischen Seminars. Die Zahl der Zuhörer habe stetig zugenommen und betrage durchschnittlich 100; es seien viele Schüler nach den verschiedensten Welttheilen theils in amtlicher Eigenschaft, theils als Privatleute gegangen. Auch in Handelskreisen habe die Thätigkeit des orientalischen Seminars Anerkennung gefunden. Die gesteigerte Thätigkeit des Seminars habe eine Mehrforderung für neue Lektoren veranlaßt.

Abg. **v. Eynern** (ntl.) konstatirt, daß die Universität Berlin ein Drittel des gesammten Universitätsetats verschlinge. Trotzdem ließen die medizinischen Institute noch recht viel zu wünschen übrig. Während in Frankreich die Städte einen erheblichen Zuschuß zu den Universitätskosten beitragen, geschehe von Berlin in dieser Richtung nichts. Andere deutsche Städte, wie Straßburg, Leipzig, Breslau, Kiel trügen zu den Kosten für die Kliniken bei. Die reichste Stadt des Landes thue für die Kliniken nichts, im Gegentheil habe sie bestimmte Vorrechte an den medizinischen Instituten. Die Stadt Berlin möge den ungenügenden Zuständen durch Zuwendungen ein Ende machen.

Abg. Dr. **Langerhans** (df.): Die Besoldung der Professoren ist eine schwere Frage. Will man einen hervorragenden Mann berufen, so wird man mehr als das Durchschnittsgehalt geben. Die Besoldungsfrage wird in andrer Weise geregelt werden müssen. Wenn ein medizinischer Professor eine Klinik leitet, so wird er zugleich zu einer übergroßen Privatpraxis verleitet, durch welche die Leitung der Klinik selbst leiden kann. In den Zusammenstellungen des Abg. v. Eynern fehlte der logische Zusammenhang. Der große Aufwand für die Berliner Universität hat ihren Grund darin, daß Berlin die größte Universität ist. Wenn Paris Zuschüsse zu der Universität giebt, so möge man bedenken, daß Paris von dem Staat jährlich Zuwendungen erhält. Berlin hat eigene Krankenhäuser und braucht daher nicht die Universitätskliniken. Man geht jetzt mit dem Gedanken um, in den städtischen Krankenhäusern Kliniken abhalten zu lassen.

Ich möchte sodann einen besonderen Mißstand zur Sprache bringen: Unsere pathologisch-anatomische Sammlung, die größte der Welt, ist auf Boden und in Kellern untergebracht, die baufällig sind. Das verstehe ich nicht. Der Umbau des pathologischen Instituts muß bald vorgenommen werden. Der Zutritt zu der pathologischen Sammlung muß jedem Medizin Studirenden offen stehen, und ich bitte die Regierung, in dieser Richtung Maßregeln zu treffen.

Geh. Rath Dr. **Althof** bedauert, der Anregung, betreffend die Zweckbestimmnng der Professuren nicht Folge geben zu können. Die Einführung des Systems der Dienstalterszulagen werde von der Regierung erwogen. Redner wünscht, daß die Ausführungen des Abg. von Eynern bei der Stadt Berlin sympathische Aufnahme finden möchten. Der Umbau des pathologischen Instituts könne erst vorgenommen werden, wenn die Frage der Chariteebauten entschieden sei.

Abg. Dr. **Friedberg** fuhrt aus, daß manche Gehälter der Professoren nicht zur Ernährung einer Familie ausreichen.

Abg. Dr. **Meyer** (dfr.) entgegnet dem Abg. v. Eynern, daß Berlin das größte Interesse habe, seine Krankenhäuser in den Dienst der Wissenschaft zu stellen, und gern bereit sei, Mittel zu solchen Zwecken herzugeben. Den Uebelstand der Verschiedenheit der Professorengehälter erkenne er an, aber dieser würde sich so leicht nicht beseitigen lassen.

Abg. Dr. **Seelig** wünscht eine größere Unterstützung für das Museum der landwirthschaftlichen Hochschule.

Abg. Dr. **Kropatscheck** (k.) glaubt, daß Berlin allerdings von der Charitee große Vortheile habe, ohne daß es irgend eine Aufwendung dafür mache.

Abg. **v. Eynern** (ntl.): Meine Rede hat wohl einen logischen Zusammenhang. Ich will nicht, daß die Steuerzahler zu Beiträgen für Institute herangezogen werden, von denen Berlin allein Vortheile hat. Dadurch verschiebt sich die Machtstellung Berlin's zu den Provinzstädten noch in höherem Maße. Ich will, daß die Berliner sich ihrer Pflicht gegen den Staat erinnern.

Abg. Dr. **Langerhans**: Herr v. Eynern hat nicht ausgeführt, in welcher Weise Zuwendungen gemacht werden sollen. Seine Ausführungen kann ich also nur scherzhaft nehmen. Die Städte in Frankreich geben Zuschüsse zu den Universitätskrankenhäusern, weil sie ihre Kranken in diesen Anstalten umsonst unterbringen. Wir aber haben nicht bloß eigene Krankenhäuser, sondern bezahlen auch für viele Kranken, die wir in der Charitee unterbringen, so für die Geisteskranken, die Summe von 3 M. pro Kopf täglich. Das ist ein so hoher Satz, daß die Stadt nunmehr eigene Anstalten für Geisteskranke bauen will. Ich möchte nochmals die Frage des Umbaus des pathologischen Instituts der Regierung dringend ans Herz legen. Es ist unverantwortlich, daß eine so schöne Sammlung wie die pathologisch-anatomische in einer so wenig würdigen Weise untergebracht ist.

Kultusminister Graf **Zedlitz-Trützschler** wiederholt, daß das pathologische Institut nicht getrennt werden kann von der Charitee. Eine Verbesserung der Zustände der letzteren ist aber vor Allem dringend geboten. Es schweben Verhandlungen darüber, die hoffentlich zu einem günstigen Ergebnisse führen werden. Von heute auf morgen läßt sich die Frage aber nicht lösen, da die Platz- und Finanzfrage viele Schwierigkeiten bietet. Betreffs des pathologischen Instituts werde ich die heutigen Erörterungen in Erwägung ziehen.

Abg. **Mooren** (Ztr.): Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß die Kosten der Berliner Universität lediglich aus der Staatskasse getragen werden. In der Provinz wird man für die Anregungen der Abgeordneten Kropatscheck und von Eynern ein gutes Verständniß finden. Die Städte haben von den Universitäten große Vortheile. Berlin ist die wohlhabendste Stadt des Landes und muß daher wohl zu den Kosten der Universität herangezogen werden.

Abg. Dr. **Hermes** (dfr.): Die Vorwürfe gegen Berlin sind durchaus ungerechtfertigt. Berlin bleibt nicht zurück, wenn es sich um die Förderung wissenschaftlicher Zwecke handelt. Dafür hat Berlin stets eine offene Hand gehabt.

Abg. Dr. **Meyer** (dfr.): Ich danke dem Herrn Regierungskommissar für die huldvolle Gesinnung, die er Berlin gegenüber gezeigt hat (Heiterkeit). Was die Charitee betrifft, so muß ich wie bereits früher erklären, daß das Verhältniß der Stadt zu dieser Anstalt auf einem lästigen Vertrage beruht. Der Stadt wurde bei Gründung der Charitee ein zur Krankenpflege angesammeltes Kapital genommen und dafür das Recht einer Anzahl Freistellen gewährt. Ich möchte zugleich auf die Verhältnisse eines Instituts aufmerksam machen, in welchem der Aufenthalt nichts weniger als angenehm ist. Man ist leicht in der Lage, an Gesundheit Schaden zu erleiden und sich zu erkälten, und das dürfte mit den Zwecken eines hygienischen Instituts am allerwenigsten übereinstimmen. (Heiterkeit.)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (k.): Berlin macht sich seine Stellung zu Nutze. Es weiß, daß gewisse Institute nicht anderswo gebaut werden können, und deswegen giebt es keine Beiträge. Die günstige Lage Berlins zeigt sich darin, daß die Kommunalsteuer nur 100 Prozent der Staatssteuer beträgt. Freilich erklärt sich das daraus, daß die Einschätzung in Berlin stets strenger gewesen, als in anderen Städten, namentlich in den rheinischen. An und für sich ist aber nicht zu bestreiten, daß die günstigen Verhältnisse Berlins es dieser Stadt gestatten, einen Beitrag für die Universitäten zu zahlen.

Abg. **Mooren** erwidert, daß die niedrige Einschätzung in gewissen Städten weniger in den Personen als in dem System gelegen habe.

Abg. Dr. **Hermes** giebt zu bedenken, daß Berlin auch eine Miethssteuer zahle, die sehr erheblich ins Gewicht falle.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei dem Kap. **„Höhere Lehranstallen“** bringt zu Tit. 1 „Zahlungen vermöge rechtlicher Verpflichtungen“

Abg. Dr. **Graf** (Elberfeld, nl.) die Reform der höheren Lehranstalten zur Sprache. Eine abschließende Kritik wird erst nach längerer Erfahrung möglich sein. Die Lösung der Berechtigungsfrage ist eine glückliche. Am meisten Grund zur Zufriedenheit haben die lateinlosen Anstalten. Die neuen Lehrpläne und die Prüfungsordnung sind ein Kompromiß, also kein Bruch mit der Vergangenheit, sondern eine Fortentwickelung. Wenn man bedauert hat, daß der Unterricht in den klassischen Sprachen vermindert wird, so muß dem entgegnet werden, daß die Lösung der Ueberbürdungsfrage, des vermehrten Unterrichts im Turnen, in Geschichte und in der deutschen Sprache auf andere Weise nicht gefunden werden konnte.

Besondere Bedenken sind gegen das Zwischenexamen, welches in der sechsten Klasse abgelegt werden soll, erhoben worden. Dazu hat die Heeresverwaltung den Anstoß gegeben. Aber neben der Berechtigung zum einjähri -freiwilligen Dienste soll das Examen auch andere Berechtigungen gewähren. Deswegen war die Eintheilung in eine Unter- und Oberstufe eine durchaus gerechtfertigte. Man mußte das Examen auch deswegen in der sechsten Klasse der neunklassigen Schule einführen, weil man es für die sechsklassigen Schulen einführte. Das Abiturientenexamen wird durch ein solches Examen wesentlich erleichtert. Daß ein solches Examen der Gesundheit der Schüler schaden werde, kann nicht zugegeben werden. Aber auch in pädagogischer Beziehung wird dieses Examen nicht schlecht wirken, im Gegentheil haben große Pädagogen sich Vortheile von der neuen Einrichtung versprochen. Nehmen Sie also die Sache nicht so tragisch und sehen Sie die Prüfung einfach als das an, was sie wirklich ist, als eine einfache Versetzungsprüfung.

Auch die Frage der Realgymnasien ist, trotzdem der lateinische Unterricht in diesen Anstalten auf den Stand vor 1882 zurückgeführt ist, in richtiger Weise gelöst. Redner geht sodann auf die Frage der Einheitsschule und die Geschichte derselben unter Darlegung der Verhältnisse in den einzelnen Ländern ein. Die Vortheile, die man von der Einheitsschule erhofft habe, haben sich nicht erfüllt. Unsere deutsche Schule ist eine gute. Ist die klassische Bildung wirklich so veraltet, so wird ihr kein Mittel aufhelfen können. Aber es ist kein Grund, unsere bewährte Schule zu Gunsten eines neuen Ideals zu opfern. Der Wettbewerb der Schulen ist jetzt eröffnet. Hoffen wir nun auf eine Zeit der Ruhe. Ein Berliner Blatt hat den Mitgliedern der Schulkommission Dilettantismus und Servilismus vorgeworfen. Das klingt komisch, daß der Vorwurf des Dilettantismus von Stellen gemacht wird, die immer die Zuziehung im praktischen Leben stehenden Männer befürworten. Der Vorwurf des Servilismus richtet sich gegen den Charakter der Männer und diesen Vorwurf weise ich entschieden zurück. Wo kann man uns Beispiele anführen, daß entgegen ihrer früheren Ueberzeugung Mitglieder Ueberläufer zu der herrschenden Strömung geworden sind? Uns liegt nur das Wohl der Jugend und die Zukunft des Volkes am Herzen.

Abg. **v. Schenckendorff** (nl.): Die Feinde der Einheitsschule vergessen zweierlei, erstens, daß nur 20 Prozent der Schüler die neunklassige Schule ganz durchmachen, und zweitens positive Vorschläge zu machen gegen die Mißstände, die wir hervorheben. Das Verhältniß der Zahl der Gymnasien zu der Bevölkerungsziffer ist weit größer als die entsprechenden Ziffern für die Realgymnasien und Ober-Realschulen. Diese Uebelstände finden eine Steigerung noch darin, daß die Gymnasien, Realgymnasien und Realschulen den Bedürfnissen des breiten Mittelstandes nicht genügen. Die Einheitsschule allein würde im Stande sein, den Mißständen abzuhelfen. Wenn es möglich wäre, einen gemeinsamen Unterbau für alle Schulen mit einem dreitheiligen Oberbau einzuführen, so würde allen Bedürfnissen genügt, sowohl den gelehrten wie den praktischen. Hoffentlich wird der Minister denjenigen Städten, welche die Errichtung solcher Schulen vornehmen wollen, die Erlaubniß bereitwillig geben. Wie in Frankreich und Altona so mögen auch in anderen Landestheilen Versuche mit Einheitsschulen gemacht werden.

Kultusminister Graf **Zedlitz-Trützschler**: Der Versuch in Frankfurt soll nicht eine Abfindung sein für die Reformbestrebungen der Anhänger der Einheitsschule, sondern ein Versuch, auf dem weiter gebaut werden soll. Die ganze Anregung ist von einer städtischen Körperschaft ausgegangen, und da kann man von einer Abfindung nicht sprechen. Sollte der Versuch in Frankfurt a. M. gelingen, so werden die praktischen Konsequenzen in einer solchen Frage ersten Ranges gezogen werden (Beifall). Ich werde es nicht ablehnen, wenn andere Städte gleiche Versuche machen wollen, ich werde auch nicht solche Versuche mit staatlichen Anstalten ablehnen, immer mit der Voraussetzung, daß unzweifelhaft nachgewiesen wird, daß an dem betreffenden Ort nicht ein Experiment auf Kosten der Eltern gemacht wird. Dagegen kann ich ein Entgegenkommen gegenüber der Forderung, Schulen mit gemeinsamem Unterbau und dreitheiliger Gabelung zu errichten, nicht versprechen. Was nun die Berechtigungsfrage überhaupt betrifft, so ist es doch mindestens der Erwägung werth, ob nicht die Gleichberechtigung der Realgymnasien mit den Gymasien bezüglich des Universitätsstudiums durchzuführen möglich wäre. Mit einem kategorischen Nein darf man die Frage nicht von sich abzustreifen suchen. Die Schulfrage ist weniger eine technische als eine soziale. Eine ganze Reihe von Anordnungen auf dem Gebiete des Schulwesens würden sich von selbst finden und eine Reihe von Fragen würden sich mit größerer Sicherheit lösen lassen, wenn man es ermöglichte sich loszumachen von dem Gedanken, daß für die Erreichung bestimmter staatlicher Stellen eine gewisse Form der Vorbildung das absolut Nothwendige ist. Erwägt man dies, so ist die Frage wirklich berechtigt, ob das Abschlußexamen an einem humanistischen Gymnasium unter allen Umständen den alleinigen Grund zur Berechtigung für gewisse Studien giebt. Ich will ja nicht, daß der Universitätsprofessor vor einem Mischmasch von Zuhörern spricht, die ihn vermöge ihrer Vorbildung nicht verstehen. Aber vielleicht ist es möglich, den Beweis für das Verständniß der Vorträge der Professoren nach einem oder zwei Semestern auf andere Weise zu erlangen als durch das Abiturium geschieht.

Das Zwischenexamen ist von vielen Seiten verurtheilt worden. Wer unsere ganze höhere Schulbildung nur aus dem Gesichtspunkt einer Vorbereitung für die Universität aus betrachtet, der hat entschieden Recht, wenn er sich zum Gegner unserer ganzen Reform überhaupt bekennt und gegen das Sekundaexamen Front macht. Es wäre aber eine Versündigung an den breiten Schichten unseres Volkes, wenn man diesen gegenüber an einer so einseitigen Auffassungsweise über unsere höhere Schule festhalten wollte. Das Sekundaexamen ist nützlich, weil es allein einen gewissen Abschluß kennzeichnet und einem aus der Sekunda Abgehenden die gleiche Berechtigung gewährt wie dem aus der Bürgerschule Abgehenden. (Ruf: total falsch!) Ich erwarte den Gegenbeweis. Die Beurtheilung der neuen Lehrpläne und des Zwischenexamens ist auch mittlerweile eine günstigere geworden. Hervorragende Pädagogen und Volkswirthe haben sich günstig geäußert. Die Absicht, die Realgymnasien über den Haufen zu werfen, besteht nicht, im Gegentheil ist jetzt ihrer Entfaltung weiter Spielraum gelassen. Ich schließe mich dem Wunsche an, daß wir in Ruhe abwarten sollen, und hoffe, daß wir einer guten und gedeihlichen, aber nicht abgeschlossenen Zukunft entgegengehen (Beifall.)

Abg. Dr. **Kropatscheck** (k.) erklärt seine volle Zustimmung zu der Einführung des Zwischenexamens. Den Wünschen derjenigen, welche Schulen für das praktische Leben haben wollen, ist durch die in Aussicht genommene Vermehrung der lateinlosen Schulen Rechnung getragen. Daß man aber junge Leute, welche nicht griechisch oder gar nicht lateinisch verstehen, zum Universitätsstudium zuläßt, damit kann ich mich keinesfalls einverstanden erklären. Solche Leute können philosophische Vorträge garnicht verstehen. Schließlich werden sie dann noch die Forderung stellen, daß die Vorlesungen auf der Universität nach ihrem Wissen und Geist eingerichtet werden. Die Einheitsschule wird keine Vortheile bringen, ebenso wenig wie sie Norwegen einen Vortheil gebracht hat. Es wird Eltern und Lehrern schwer fallen, zu entscheiden, in welche Gabelung des Oberbaues der Schüler nun kommen soll. Ja, eine solche Entscheidung wird in der richtigen Weise nur selten gefällt werden. Warten wir in Ruhe ab, wie sich die Verhältnisse entwickeln werden. Das fortwährende Quäkeln an unserer Schule in den öffentlichen Blättern hat eine äußerst bedenkliche Wirkung auf unsere Schüler ausgeübt. Die Entwickelung unseres Schulwesens war durchaus keine so schlechte, wie sie vielfach dargestellt wird, sie hat noch recht gute Leistungen hervorgebracht.

Abg. Dr. **Schmelzer** (nl.) erklärt sich mit den neuen Lehrplänen zufrieden, besonders da sie die Hauptthätigkeit in die Schule verlegen. Gegen das Zwischenexamen, das sich von der schon bestehenden Prüfung in der Untersekunda wenig unterscheidet, habe ich nichts einzuwenden, falls es nur im Beisein des Direktors und nicht eines Provinzialschulraths stattfände.

Geh. Rath **Stander** erwidert darauf, daß in der Regel das Examen von dem Direktor als staatlichem Kommissar abgenommen werden soll, und nur in Ausnahmefällen vom Provinzialschulrath.

Abg. Dr. **Koehler** (Ztr.) bittet, nunmehr eine längere Ruhezeit eintreten zu lassen in den Reformen. Im Uebrigen erklärt sich Redner im wesentlichen mit den neuen Lehrplänen und der neuen Prüfungsordnung einverstanden.

Auf eine Anfrage des Abg. **Klose** erklärt.

Kultusminister Graf **v. Zedlitz-Trützschler**, daß die Frage des Umbaues einer Turnanstalt in Leobschütz in wohlwollende Erwägung gezogen werde.

Abg. Dr. **Grimm** (nl.) befürchtet, daß das Zwischenexamen viele praktische Nachtheile mit sich bringen werde. Auch pädagogisch sei diese Prüfung nicht unbedenklich. Vor Allem freilich werde es auf die Handhabung der neuen Bestimmungen ankommen, und er wünsche nur, daß diese Handhabung in der richtigen Weise geschehe.

Der Titel wird bewilligt.

Darauf vertagt das Haus die Fortsetzung der Berathung auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluß 4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

190. Plenarsitzung vom 8. März, 12 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die **Interpellation Dr. Frhr. v. Stauffenberg** (dfr.) **und Siegle** (nl.), ob die Regierung Vorlagen betr. den **Schutz des Urheberrechts** deutscher Staatsangehörigen in Amerika und in Oesterreich-Ungarn zu machen gedenkt.

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall** erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. **Siegle** (nl.) führt zur Begründung der Interpellation aus, daß der Mangel eines Gesetzes betr. den Schutz des Urheberrechtes schon lange ein fühlbarer geworden sei. Der deutsche Buchhandel habe schwer zu leiden, und verlange dringend Abhilfe. Während zwischen Oesterreich-Ungarn und Frankreich ein Literarabkommen bereits seit 1868 bestehe, seien die deutschen literarischen Erzeugnisse in Ungarn vollkommen schutzlos. Ebenso seien die deutschen Verleger gegen den Nachdruck in Holland wehrlos. Der Abschluß des Abkommens mit den Vereinigten Staaten, durch welchen der erste Theil der Interpellation seine Erledigung gefunden habe, sei freudig zu begrüßen.

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall** erklärt, auch den zweiten Theil der Interpellation mit „Ja" beantworten zu können. Ein Schutz des literarischen Eigenthums sei seit 1884 überall anerkannt, wo die Voraussetzung der Gegenseitigkeit erfüllt werde. Klagen über die Zustände seien ja vorläufig anzuerkennen. Die österreichisch-ungarische Regierung habe sich aber bereits damit einverstanden erklärt, in demnächstige Verhandlungen mit dem deutschen Reiche, betreffend Abstellung derselben einzutreten. Es werde also hoffentlich bereits in der nächsten Session eine Vorlage eingebracht werden können.

Da eine Besprechung der Interpellation nicht beantragt wird, ist dieselbe erledigt.

Es folgt die erste Berathung **des Uebereinkommens mit den Vereinigten Staaten** über den gegenseitigen **Schutz der Urheberrechte**.

Abg. **Dietz** (Soz.) sieht in dem Vertrage die Interessen der deutschen Verleger zu wenig berücksichtigt, während den amerikanischen jedes Recht gewährt werde. Es müsse eine Zentralstelle für die Anmeldung der deutschen Urheberrechte in den Vereinigten Staaten geschaffen werden.

Geh. Rath **Reichardt** verweist demgegenüber darauf, daß das Abkommen die Zustimmung der deutschen Interessentenkreise gefunden habe.

Die Vorlage wird hierauf in erster und diskussionslos auch in zweiter Lesung angenommen.

Darauf wird die zweite **Etatsberathung** fortgesetzt. Zum Etat über den **allgemeinen Pensionsfonds** liegt eine Resolution Graf Douglas (k.) auf Erlaß einer **Novelle zu den Pensionsgesetzen** von 1871 und 1874 vor, dahin gehend, daß das Recht auf den Bezug der eigentlichen Pension erst ruhen soll, wenn die nachstehenden Klassen im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst, unter Zurechnung der Militärpension ausschließlich der Pensionserhöhungen, mehr als folgendes gesammte Diensteinkommen beziehen: a) Offiziere und im Offizierrang stehende Militärärzte 6000 M., b) Feldwebel 15 0 M., c) Sergeanten und Unteroffiziere 1200 M., d) Gemeine 700 M., e) Unteroffiziere von 12jähriger aktiver Dienstzeit 1800 M.

Abg. **Menzer** (k.) hält in der Begründung dieser Resolution eine Novelle zum Pensionsgesetz für dringend nothwendig. Die Resolution greife nur die Klassen der Militärs heraus, bei denen zur Zeit die krassesten Mißstände beständen. Die Beseitigung derselben liege ebenso im Interesse der Betheiligten wie der Armeeverwaltung. Jetzt verabschiede man oft nicht mehr ganz dienstfähige Offiziere, um ihnen keine finanziellen Schwierigkeiten zu bereiten.

Generallieutenant **v. Spitz** erklärt, daß die Regierung der vorjährigen Resolution durch Ausarbeitung einer Novelle zum Pensionsgesetz bereits in vollem Umfange Folge gegeben habe, und daß allein wegen technischer Schwierigkeiten eine Einbringung dieser Novelle schon in dieser Session noch nicht möglich gewesen sei.

Abg. Dr. **Pieschel** (nl.) spricht sich mit Rücksicht auf diese Erklärung gegen die Resolution aus, ist auch mit den in der Resolution festgestellten Sätzen nicht einverstanden.

Abg. **Richter** (df.): Ich habe im vorigen Jahre einen Antrag eingebracht auf Gleichstellung der Kriegsinvaliden aus den früheren Kriegen mit denen von 1870/71. Dies war eine sehr einfache Sache, womit unglücklicher Weise ein konservativer Antrag verquickt wurde, der sich auf allgemeine Pensionsangelegenheiten bezog. Taktisch war das sehr gut ausgedacht, aber die Kriegsinvaliden haben den Schaden davon. Andernfalls hätten sie vielleicht schon aus dem Invalidenfonds Zulagen erhalten, die ihnen bei der herrschenden Theuerung sehr zu Gute gekommen wären. Die Pensionsfrage ist eine sehr schwierige, Sie wollen der Regierung aber gleich eine gebundene Marschroute geben. Die Erhöhungen, welche der Antrag fordert, sind zum Theil recht beträchtlich. Die ganze Angelegenheit ist deshalb so schwierig, weil auch die Zivilbehörden ein Wort mitzusprechen haben. Militärpensionen haben überhaupt einen ganz besonderen Charakter, man kann nicht felddiensttüchtig sein und doch noch recht rüstig und arbeitskräftig. Die Herren sind nicht einmal im Stande, uns Auskunft über die Höhe der Summen zu geben, die sie verlangen. Wo wollen Sie das Geld hernehmen. Ja, wenn sie nicht gestern so viel für Kolonien bewilligt hätten, dann wäre noch etwas übrig. (Heiterkeit.) Nach der Erklärung der Regierung weiß ich nicht, was die Herren noch mit dem Antrag wollen. Das einfachste wäre, sie ziehen ihn zurück. Lassen Sie es aber zür Abstimmung kommen, dann sorgen Sie dafür, daß die Rechte möglichst zahlreich vertreten ist. Es giebt Bestimmungen der Geschäftsordnung, die dazu bestimmt sind, das Haus vor übereilten Beschlüssen zu schützen. (Beifall.)

Reichsschatzsekretär Freiherr **v. Maltzahn:** Es ist nicht richtig, daß die Verquickung der Erhöhung der Pensionen der Kriegsinvaliden mit der Frage der Anrechnung der Pensionen auf das Zivileinkommen eine Folge der Resolution ist. Schon vorher wurden diese beiden Fragen im Bundesrath erörtert. Der Grund für die Nichteinbringung der Vorlage in dieser Session liegt allein in technischen, nicht in finanziellen Erwägungen.

Generallieutenant **v. Spitz**: Wir sehen den Antrag Richter vom vorigen Jahre nicht als Handelsartikel an, sondern betrachten ihn als nützlich, nöthig und den Antragsteller ehrend. Dieser Antrag ist aber nur ein Theil der Materie, die in der Pensionsnovelle behandelt wird, und auch die anderen Materien nehmen den Reichsinvalidenfonds in Anspruch.

Abg. **Dr. Orterer** (Ztr.): Man hätte doch noch in dieser Session wenigstens einen Theil der Materie erledigen können. Angesichts der Erklärung der Regierung läßt sich die Resolution aber nicht aufrecht erhalten. Sie wäre auch unannehmbar wegen der finanziellen Unbestimmtheit und wegen des Fehlens jeglicher Details. Die Lage namentlich der verabschiedeten Offiziere ist ja augenblicklich zur Zeit vielfach unerfreulich, aber die Wünsche dürfen auch nicht zu weit gehen.

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (k.): Abg. Richter hat uns mit einer Auszählung bedroht. Es ist nicht unsere Gepflogenheit, ein schwach besetztes Haus zu überrumpeln. Wir werden aber Herrn Richter den Gefallen thun, mit Rücksicht auf die Erklärungen vom Bundesrathstisch den Antrag wirklich zurückzuziehen. Eine Erledigung der Frage noch in dieser Session wäre in der Resolution nicht gewünscht worden, wenn wir zur Zeit ihrer Einbringung schon gewußt hätten, daß die Session vor Ostern geschlossen wäre. Die Einbringung der Resolution bedauern wir keinen Augenblick, da sie die bindenden Erklärungen der Regierung erst veranlaßt hat.

Hierauf wird der **Etat des allgemeinen Pensionsfonds** unverändert angenommen.

Beim **Etat des Reichsinvalidenfonds** wünscht

Abg. **Singer** (Soz.) eine möglichst baldige Erhöhung der Kriegsinvalidenpensionen, womöglich noch vor der allgemeinen Regelung der Pensionsverhältnisse. Der Generallieutenant v. Spitz habe im Widerspruch mit seiner heutigen Erklärung in der Budgetkommission den Standpunkt eingenommen, daß die Frage einer Erhöhung der Kriegsinvalidenpensionen zurückstehen müsse hinter der dringenden Frage der Anrechnung der Militärpensionen auf das Zivileinkommen.

Generallieutenant **v. Spitz** verwahrt sich dagegen, in der Budgetkommission eine andere Erklärung abgegeben zu haben als heute. Auch in der Kommission habe er die Erhöhung der Pensionen der Kriegsinvaliden als das Dringendere bezeichnet, er habe den Antrag Richter damals einen Schmuck genannt, wie er ihn heute als ehrend für die Nation bezeichnet habe.

Abg. Dr. **Orterer** (Zentr.) betont die Dringlichkeit dieser Frage und hält wie der Abg. Singer eine Erledigung derselben, losgelöst von der allgemeinen Regelung der Pensionsverhältnisse, für wünschenswerth.

Abg. **Singer** hält seine Aeußerungen aufrecht. Die Erklärung des Herrn v. Spitz in der Kommission hätte den Eindruck hervorrufen müssen, daß die Regierung den Antrag Richter nur als Vorspann für die Durchbringung der Pensionsnovelle benutze. Es handle sich nicht um einen Schmuck, sondern darum, die Kriegsinvaliden nicht hungern zu lassen. Der Etat wird angenommen.

Beim **Etat für Bankwesen** rügt

Abg. **v. Strombeck** (Ztr.) die zu große Ausdehnung des Bureaudienstes der Reichsbankbeamten an vielen Plätzen.

Der Etat wird angenommen.

Zum Etat der **Zölle und Verbrauchssteuern** verlangt ein Antrag Menzer (kons.) eine Erhöhung des Tabakszolles von 85 auf 125 Mark.

Abg. **Broemel** (dfr.): Es ist ein alter Brauch, bei der Etatsberathung Beschwerden über die Verwaltung vorzubringen. Beschwerden über die Praxis der Zollverwaltung und über Anordnungen des Bundesrathes hinsichtlich der Ausführung des Zolltarifs sind uns auch in letzter Zeit wieder zahlreich genug zugegangen. Die Beschwerden über zu Unrecht erhobene Zollsätze und die Verschleppung der Entscheidungen über solche Fälle wollen kein Ende nehmen. Man sollte fast meinen, wir lebten in der Zeit des seligen Reichskammergerichts. Es vergehen oft Jahre, ehe den Interessenten der Bescheid wird, der Bundesrath habe ihrer Eingabe keine Folge gegeben. Die Praxis unserer Zollbehörden ist eine derartige, daß die Geschäftsleute nicht einmal vor Nachforderungen sicher sind. Auf die Dauer werden solche Mißstände, davon bin ich überzeugt, dem Ansehen des Reiches zum Schaden gereichen. Hier muß Wandel geschaffen werden und sollte es selbst auf dem Wege der Verfassungsänderung geschehen.

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Maltzahn:** Ich muß den Bundesrath gegen die ungerechten Angriffe des Vorredners in Schutz nehmen. Die Invektive, daß die Zollgesetze in unrechter Weise ausgeführt werden, weise ich auf das Entschiedenste zurück. Der Bundesrath thut seine Pflicht, über die richtige Ausführung der Zollgesetze zu wachen in vollem Maße. An der langsamen Erledigung der Zollstreitigkeiten trifft den Bundesrath nicht die Schuld. Von einer böswilligen Verschleppung ist nicht die Rede (Abg. **Brömel:** Böswillig habe ich nicht gesagt!) Die Entscheidung über die Anwendbarkeit der Zollsätze gehört nicht vor die unteren Instanzen, sondern die oberen Behörden. Daher kommt es, daß in manchen Fällen den Interessenten eine Auskunft gegeben wird, welche später von den oberen Finanzbehörden für unrichtig erklärt wird. Wenn eine solche unrichtige Auskunft durch die unteren Behörden nicht ertheilt werden soll, so müsse ihnen überhaupt verboten werden, Auskunft zu ertheilen.

Abg. Dr. **Goldschmidt** (dfr.): Die Ausführungen des Schatzsekretärs haben gezeigt, daß der Bundesrath für die Bedürfnisse des Verkehrs gar kein Verständniß hat. Es ist eine schwere Schädigung der Industrie, wenn sie Jahre lang auf eine Entscheidung in Zollsachen warten muß. Daß die Zollgesetze in nicht richtiger Weise gehandhabt werden, hat auch Abg. Hammacher zugegeben, der erklärte, daß es in Zollsachen keine Gerechtigkeit giebt. Wie oft haben wir über das amtliche Waarenverzeichniß geklagt! Wie oft haben wir in der Petitionskommission Klagen gehört über die Verschleppung der Zollsachen. Ich schließe mich den Klagen des Abg. Brömel vollkommen an.

Staatssekretär Frhr. **v. Maltzahn:** In dem Bundesrath herrscht die Ansicht, daß in der Petitionskommission oft nicht das Verständniß für die Schwierigkeiten vorhanden ist, mit denen die Zollverwaltung zu kämpfen hat.

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.) nimmt den Bundesrath in Schutz. Dieser zeige ein viel offeneres Auge für die wirthschaftlichen Verhältnisse als Abg. Brömel und seine Freunde.

Abg. **Broemel** (dfr.) erinnert an die Verhandlungen über den Petroleumfaßzoll. Selbst Herr von Bennigsen habe damals anerkannt, daß ein Verstoß gegen das Gesetz in dem Verfahren des Bundesraths liege. Von Böswilligkeit sei dabei keine Rede. Es komme aber beinahe einem Zustande der Rechtlosigkeit gleich, wenn es in Deutschland keine Stelle gebe, wo die Interessenten schnell eine Entscheidung über streitige Zollfragen erhielten.

Staatssekretär Frhr. **v. Maltzahn** betont nochmals, daß der Bundesrath verfassungsmäßig berechtigt und verpflichtet sei, die Zollgesetze authentisch auszulegen.

Abg. **Menzer** (dkons.) begründet seinen Antrag auf Erhöhung des Tabakzolles mit der schlechten Lage des inländischen Tabakbaues und verweist zum Nachweise der Güte des Pfälzer Tabaks auf die auf dem Tische des Hauses niedergelegten Proben Pfälzer Zigarren.

Abg. **Meister** (S.-D.), im Privatleben Zigarrenarbeiter, hat einige Zigarren aufgeblättert und ruft: Es ist sehr viel ausländischer Tabak darin!

Die weitere Berathung wird auf Mittwoch 12 Uhr vertagt. (Außerdem dritte Berathung des Telegraphen-Gesetzes.) Schluß 5³/₄ Uhr.

Deutschland.

▭ **Berlin,** 8. März. Die „Kreuz-Ztg." meldet, daß gestern Abend „in letzter Stunde" die Verhandlungen mit dem Cumberländer einen Abschluß gefunden haben, in welchen auch die eventuelle braunschweigische Thronfolge des Sohnes des Herzogs von Cumberland mit einbezogen werden soll. Der Großherzog von Oldenburg, der gegenwärtig hier anwesend ist, soll am Zustandekommen des Abschlusses Antheil haben. Wir sind selbstverständlich außer Stande, in diesem Augenblick die Richtigkeit der Meldung der „Kreuz-Ztg." zu kontrolliren. Würde der Herzog in ein Arrangement gewilligt haben, so hätte er damit das Verständigste gethan, was er überhaupt thun konnte. Im Laufe der Verhandlungen muß ihm jedenfalls klar geworden sein, daß die preußische Regierung ein geringeres Interesse als er daran hat, eine Verständigung über den Welfenfonds herbeizuführen. Die Neuordnung der Welfenfondsfrage wäre auch ohne die Zustimmung des Cumberländers vor sich gegangen, nur freilich im anderen Sinne als in dem ursprünglich beabsichtigten, der ohne Zweifel zu Gunsten des Herzogs gemeint war. Offiziös (in der „Politischen Corresp.") war bereits angekündigt worden, daß die Kontrolle der Zinsen des Welfenfonds fortan der Oberrechnungskammer zufallen solle, was so viel hieß als: der Herzog bekommt jetzt erst recht nichts. Sein von der „Kreuz-Ztg." gemeldetes Einlenken in letzter Stunde wird allerdings auch der Regierung ihre Aufgabe erleichtern, und die Verständigung mit dem Abgeordnetenhause wird jetzt erst recht das Werk weniger Stunden sozusagen sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß hervorragende Zentrumsmitglieder, die ja gegenwärtig das äußerste Interesse an der Beseitigung aller noch von früher her bestehenden Schwierigkeiten haben, in geeigneter Weise auf den Herzog eingewirkt haben. Man müßte dabei vor Allem an den Abg. Brüel denken, der zwar der welfischste aller Welfen, zugleich aber, obwohl nur als Hospitant, eine Säule des Zentrums und aller Zentrumspolitik ist. Die eventuelle Zulassung des noch unmündigen Sohnes des Herzogs zur Thronfolge in Braunschweig wird natürlich nicht gewährt worden sein, ohne daß der Cumberländer diejenigen staatsrechtlichen Garantien gegeben hat, die vormals für seine eigene Zulassung auf den braunschweigischen Thron gefordert, aber abgelehnt worden waren. Die Zeit hat somit, immer vorausgesetzt, daß die „Kreuzztg." recht berichtet ist, auch hier ihre heilende Wirkung ausgeübt. Der Herzog von Cumberland war immer der Typus des hartnäckigsten Legitimismus, eine ins Deutsche übertragene Ausgabe des „roy" weiland des Grafen Chambord. Welchen Einfluß ein Abkommen mit dem Herzog auf die Welfenpartei in Hannover haben wird, kann man sich unschwer vorstellen: diese Partei wird zerschmelzen wie der Schnee in der Sonne, sobald ihr einziger Rechtstitel verschwunden sein wird. Daß die Welfen ausschließlich Konservative seien, kann man nicht gerade behaupten; zum mindestens deckt sich ihr Konservatismus nicht ganz mit dem des ostelbischen Junkerthums, vor allem in wirthschaftlichen Fragen. Dagegen giebt es keine strammere Orthodoxie als die des hannoverschen Lutherthums. Mit dem späteren Uebergange der braunschweigischen Thronfolge auf das Welfenhaus wäre wahrscheinlich Niemand mehr einverstanden als der jetzige Regent, Prinz Albrecht von Preußen. Es ist öffentliches Geheimniß, daß der Prinz sich in seiner Stellung, die er natürlich niemals gesucht hat, nur wenig behaglich fühlt, und daß ihn nur das Pflichtgefühl in ihr festhält. Vor einem oder zwei Jahren hieß es einmal, auch der Kaiser wünsche die Uebersiedelung des Prinzen nach Berlin, um in den höfischen Repräsentationspflichten an ihm eine Stütze zu haben. Wofern der Prinz an den jetzigen Verhandlungen mit dem Cumberländer mitgewirkt hat, darf man als sicher annehmen, daß er ein entschiedener Befürworter der Verständigung gewesen ist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. März. Die feierliche Eröffnung der Berathungen der Valutaenquete-Kommission durch den Finanzminister Dr. Steinbach hat heute Mittag stattgefunden; es waren bis auf eines sämmtliche Mitglieder der Kommission erschienen.

Der Minister begrüßte die Anwesenden und sagte, die Valuta-Regulirung" sei in Oesterreich schon wiederholt in Angriff genommen, jedesmal aber wieder verhindert worden. Es handle sich nunmehr nicht nur um die Aufnahme der Baarzahlungen, sondern auch um wichtige und schwierige Währungsfragen. Es habe dies seinen Grund in der seither eingetretenen weitgehenden Aenderung des durch lange Zeit vorhanden gewesenen festen Werthverhältnisses zwischen den beiden Edelmetallen. Die Folgen dieser Thatsache, welche auch auf die gegenwärtigen Währungsverhältnisse einen tiefgehenden Einfluß ausgeübt hätten, könnten bei der künftigen Gestaltung der österreichischen Valuta nicht außer Betracht bleiben.

Pest, 8. März. Die Berathungen der Valutaenquete-Kommission wurden heute unter Anwesenheit sämmtlicher Experten durch den Finanzminister Dr. Wekerle persönlich eröffnet. Der Minister äußerte in seiner Eröffnungsrede, daß die Wichtigkeit, welche der Frage der Valuta-Regelung innewohne wie die Wirkung, welche geregelte Währungsverhältnisse auf die ganze

Volkswirthschaft ausübten, in der öffentlichen Meinung das Gefühl von der Nothwendigkeit einer möglichst baldigen Regelung gezeitigt hätten. An die Lösung der Aufgaben, der Aufnahme der Baarzahlungen und der Regelung der Währung, könne das Land mit Vertrauen gehen, da seine finanzielle wie wirthschaftliche Situation es hierzu befähigten. Hierauf sprachen mehrere Mitglieder der Kommission, darunter der frühere Finanzminister Szell, der frühere Staatssekretär Hyronymi, der Staatssekretär des Handelsministeriums Lukacs, der Präsident der Handelskammer Wahrmann u. a. Bezüglich der ersten Frage äußerten die Experten einstimmig, daß gegenwärtig an eine andere als die Goldwährung in mehr oder minder reiner Form nicht gedacht werden könne. Was die Stellung des Silbers in der neuen Währung betrifft, so konnte Uebereinstimmung der Ansichten nach der Richtung konstatirt werden, daß allerseits dem Silber in der neuen Währung eine bedeutende Stellung zugedacht wird. Ein Theil der Experten will jedoch das Silber nur als Scheidemünze und Courantgeld gelten lassen. Die Menge des als Courant- und Scheidemünze zusammen verwendbaren Silbers wurde auf 120 bis 150 Millionen angenommen. Die Zulässigkeit der Staatsnoten hielt ein Theil der Experten für absolut unzulässig, während der andere Theil ein kontingentirtes mäßiges Quantum belassen wollte. Als Grundsatz bei der Feststellung der Relation, welche auf legislativem Wege zu erfolgen hätte, soll in erster Linie der Werth des heutigen Guldens österreichischer Währung zum Zeitpunkte des Ueberganges als Basis genommen werden; jedoch wäre als Korrektiv der Durchschnitt der Valutakurse in einer längeren oder kürzeren Reihe von Jahren zu benützen. Die Münzeinheit wäre kleiner als die bestehende festgesetzte. Die meisten Experten waren für die Hälfte der jetzigen Einheit; es machten sich jedoch auch Stimmen für Beibehaltung der bestehenden Einheit geltend.

Pest, 8. März. (Abgeordnetenhaus.) Der Abg. Eötvös wies in der heutigen Sitzung bei Berathung des Adreßentwurfs auf die fortwährenden Rüstungen hin, die zum Ruin des Wohlstandes der Völker führten. Eötvös drückte den Wunsch aus, daß der König von Ungarn, gestützt auf seine mächtigen und treuen Alliirten, die Initiative zur friedlichen Beseitigung dieses Zustandes ergreifen möge. Die Treue und Anhänglichkeit seiner Völker und die Verehrung der übrigen Monarchen machten den König von Ungarn zu der berufendsten Persönlichkeit für diese Mission.

Prag, 8. März. Unter den im Landtage eingegangenen Vorlagen befinden sich die in der vorigen Session nicht zur Erledigung gelangten Gesetzentwürfe über den Ausgleich. Dieselben betreffen die nationale Abgrenzung in vier Gerichtsbezirken, die Aenderung der Landtagswahlordnung, eine theilweise Aenderung der Landesordnung über die Kurienbildung im Böhmer Landtage und den Schutz der Minoritätsschulen in gemischten Bezirken.

Aus dem Gerichtssaal.

— e. **Posen,** 8. März. [Strafkammer.] Ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz bildete heute die Anklage gegen den Fleischermeister Joseph R. und seine Mutter Ottilie R. Im September vorigen Jahres haben der Bruder des Angeklagten Stanislaus R. und der Fleischermeister M. zusammen eine Kuh von dem Kuhhirten aus Radojewo für 138 M. gekauft. Die Kuh war anscheinend gesund, auch erschien das Fleisch bei der Besichtigung nach dem Schlachten in keiner Beziehung verdächtig. Der Angeklagte Joseph R. übernahm nun einen Theil des Fleisches mit der Lunge und übergab dieses seiner Mutter, welche das Verkaufsgeschäft führt, zum Verkauf. Am 28. September kaufte eine Schuhmacherfrau die Hälfte der Lunge, die Angeklagte wie die Käuferin haben bei dieser Gelegenheit von einer Erkrankung der betr. Lunge nichts gemerkt. Erst als die Käuferin nach Hause kam, die Lunge zubereitete und in den Topf thun wollte, fielen ihr kleine Geschwürchen in derselben auf. Sie begab sich nun mit dem Fleisch zur weiteren Feststellung auf die Polizei, welche wiederum den Departements-Thierarzt Herrn Heyne mit der Untersuchung desselben betraute. In der heutigen Verhandlung, in welcher außer Letzterem auch Herr Medizinalrath Dr. Kunau als Sachverständiger geladen waren, gab der Departements-Thierarzt die sachverständige Erklärung ab, daß die Erkrankung eines Organs im Thiere nicht nothwendigerweise die Erkrankung des ganzen Thieres zur Folge haben müsse, in Folge dessen konnte der Kauf auch im guten Glauben, daß das Thier gesund sei, stattgefunden haben. Der ihm zur Untersuchung übergebene Lungentheil sei allerdings beim Aufschneiden mit eitrigen und käseartigen Substanzen besetzt gewesen und hätte die Verkäuferin bei einiger Aufmerksamkeit dies auch wahrnehmen müssen. Herr Medizinalrath Dr. Kunau bekundet hierauf, daß der Genuß solchen Fleisches für den Menschen im höchsten Grade schädlich sei, schon allein beim Schneiden können sich am Messer kleine Theilchen festsetzen, welche sich einer vielleicht unbeachteten kleinen Wunde des Menschen mittheilen und den Keim zu einer Krankheit legen können. Der Staatsanwalt beantragte den Angeklagten Joseph R. freizusprechen, da bei ihm ein Dolus nicht erwiesen sei, seine Mutter dagegen, da sie in fahrlässiger Weise krankes Fleisch, welches durch den Genuß der Gesundheit des Menschen nachtheilig sein könne, verkauft habe, was sie bei einiger Aufmerksamkeit wohl hätte merken müssen, zu 30 Mark Geldstrafe und Publikation des Erkenntnisses zu verurtheilen. Der Gerichtshof beschloß dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, jedoch ohne Publikation des Erkenntnisses. Gegen diese machte der Vertheidiger, Rechtsanwalt Hamburger mit Erfolg geltend, daß das Vergehen kein so schweres sei, daß eine bisher unbestrafte Person durch eine Veröffentlichung an den Pranger gestellt werde, und dadurch gewissermaßen das Publikum vor dem Kaufen bei derselben gewarnt werde.

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 8. März. Einem um 6 Uhr Abends ausgegebenen Bulletin zufolge hat sich das Befinden des Großherzogs im Laufe des Tages nicht verschlimmert. Trotz des hochgradig erschwerten Schluckens ist es gelungen, dem Patienten etwas flüssige Nahrung einzuflößen.

Leipzig, 8. März. Das Reichsgericht hat (wie schon gemeldet) heute die in dem Prozeß gegen den Hofrath Manché und Aron Meyer wegen Unterschlagung von den Angeklagten eingelegte Revision verworfen. Die der Revision zu Grunde gelegte Behauptung, daß die Unterschlagung und der Dolus der Angeklagten nicht genügend nachgewiesen und die Vertheidigung von dem ersten Richter beschränkt worden sei, wurde für nicht erwiesen und nicht zutreffend erachtet.

Petersburg, 8. März. Durch einen heute veröffentlichten kaiserlichen Ukas wird die Ausfuhr von Mais aus dem Gouvernement Kutais freigegeben.

Rom, 8. März. (Deputirtenkammer.) Nach Beginn der heutigen Sitzung wurde von der Gallerie eine Papierrolle in den Sitzungssaal geworfen. Der Deputirte Depuppi hob die Rolle auf und übergab sie dem Vorsitzenden. Diener hielten den Besucher der Gallerie, welcher den Vorfall verursacht hatte, fest. Derselbe nannte sich Capitelli und gab an, 32 Jahre alt, aus Rom gebürtig und von Beruf Dekorationsmaler zu sein. Die Rolle enthalte eine Bittschrift um Brot für ihn und seine Familie. Capitelli wurde der Polizei übergeben.

Rom, 8. März. Der König hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts zu Berlin, Freiherrn Marschall v. Bieberstein, den Großkordon des heiligen Mauritius- und Lazarus-Ordens verliehen.

Rom, 8. März. Gestern Mittag wurden in Zafferana und Bandazzo (Sizilien) Erderschütterungen verspürt.

Paris, 8. März. Der Budgetentwurf Rouviers für 1893 ist heute von dem Ministerrath genehmigt worden. Derselbe enthält eine Reform der Getränkesteuer, die Aufhebung der speziellen Budgets, die Aufnahme eines ständigen Amortisationsfonds in das Budget sowie diejenigen Maßnahmen, welche zur Rückerstattung von 163 Millionen im Jahre 1893 fälliger sechsjähriger Obligationen erforderlich sind.

Die in dem Budgetentwurf erwähnte Reform der Getränkesteuer sieht, wie verlautet, die Aufhebung der Besteuerung des Ausschanks von Getränken sowie eine weitgehende Herabsetzung der Steuern auf hygienisch wichtige Getränke und auf Bier vor. Die Steuer soll dem Mostgehalt proportional festgesetzt werden. Die durch die Herabsetzung der Steuer entstehenden Ausfälle sollen durch eine Erhöhung des Alkoholzolles von 156,25 Frcs. auf 190 Frcs. für 1 Hektoliter kompensirt werden.

Paris, 8. März. Wie verlautet, wird der Deputirte des Departements Gard, Jamais, zum Unterstaatssekretär der Kolonien ernannt werden.

Madrid, 8. März. Der Marineminister hat seine Demission gegeben.

London, 8. März. Unterhaus. Der Parlamentssekretär des Auswärtigen Amts erklärte heute, daß der Vertrag zwischen dem Könige von Uganda und der Britisch-Ostafrikanischen Gesellschaft von der Regierung anerkannt worden sei.

London, 8. März. Der „Times“ wird aus Teheran von gestern gemeldet, nach einem daselbst eingegangenen Telegramm aus Meshed sei in Herat die Choleraepidemie ausgebrochen und greife weiter um sich. Auch in Kuhsan an der persisch-afghanischen Grenze seien mehrere Fälle vorgekommen.

Bukarest, 8. März. Senat und Kammer verifizirten sämmtliche Wahlresultate. In das Bureau des Senats wurden gewählt zum Präsidenten Georg Catacuzene mit 82 Stimmen, während 17 Stimmzettel unbeschrieben abgegeben waren, zu Vizepräsidenten Brailoiu Budisteanu und Janow Culeano. Die Kammer wird morgen ihr Bureau wählen.

Cettinje, 8. März. Vorgestern kam es zwischen Montenegrinern und Albanesen an der Grenze bei Kolaschin zu einem unbeabsichtigten, zufälligen Zusammenstoß. Vierzig Albanesen zogen, einen Hochzeitszug begleitend, bei einer Anzahl an dem Bau einer Brücke über den Tarrafluß beschäftigten Arbeiter vorüber und gaben Gewehrsalven ab. Infolge eines unglücklichen Zufalles wurde hierbei ein Montenegriner getödtet. Die Montenegriner gaben, hierüber aufgereizt, auf die Albanesen Feuer, wobei die Letzteren 19 Verwundete und Todte einbüßten.

Wien, 9. März. Die bisherigen Brotvertheilungen des Hilfskomitees an Arbeitslose sind polizeilich untersagt, da bei der Vertheilung Ruhe und Ordnung gestört und mehrfach die körperliche Sicherheit von Personen gefährdet ist. Bei der gestrigen Brotvertheilung kamen zahlreiche Ohnmachtsfälle vor.

Angekommene Fremde.

Posen, 9. März.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Ober-Regierungs-Rath Bayer a. Gumbinnen, die Rittergutsbesitzer von Choslowski a. Ulanowo, Klucinski a. Lunowko, Chrzanowski aus Polen u. Frau v. Dombska a. Polen, Fräulein Kayser u. Fräulein Bake a. Neudorf, Fabrikbesitzer Holbs a. Prag, Fabrikant Fennelt a. Leipzig, Ingenieur Rothwanger a. Berlin, die Kaufleute E. Cohn u. G. Cohn a. Berlin, Strauß a. Frankfurt a. M., Jacob a. Straßburg i. Els., Bremer a. Chemnitz, Ruhmler a. Frankfurt a. M. u. Cathrein a. Köln.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Serelmann, Stolle, Fadenrecht, Mendelsohn, Schlesinger, Wöhler, Wernhard, Aufrichtig, Dollega u. Freund a. Berlin, Richter a. Leipzip, Mießler, Lancken, Daniel u. Thuns a. Breslau, Minck a. Burg b. Magdeburg, von der Herberg a. Aachen, Eisenstedt a. Koschlau, Muhle a. Hamburg, Fröhlich a. Dresden, Holstein a. Düren, Stettenheimer a. Frankfurt a. M., Huhfeld a. Erfurt, die Gutsbesitzer Haase a. Dratzig, Böllig u. Kühl a. Müllershof, die Rittergutsbesitzer Burghardt u. Frau a. Wanglau, Rohr a. Langguhle, Amtsrichter Knappe a. Samter, Bürgermeister Wolff a. Schneidemühl, Rittergutspächter Gaj a. Zacharzew.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Graf Poninski a. Koscielec, Fürst Czartoryski a. Sielec, Graf Bninski a. Emachowo, v. Zychlinski a. Twardowo, Frau v. Zoltowska a. Popowko, v. Swinarski a. Obra, v. Skrzydlewski a. Mechlin, v. Braunek a. Zielnik, v. Brzeski a. Krotoszyn, v. Zakrewski a. Slupia, v. Turno a. Obiezierze, v. Chelkowski a. Kuklinowo, v. Zablocki a. Lesiona, Moszczynski a. Arkuszewo, die Pröpste Choraszewski a. Bromberg, Sikora a. Grylewo, die Kaufleute Swiniarski a. Wongrowitz, Wiener a. Wien, Neuman a. Berlin, Pollak a. Ungarn, Arzt Dr. Karezewski a. Kowanowko, Wirthschaftsinspektor Plewkiewicz a. Grylewo.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Nettelbusch u. Schröder a. Breslau, Jacob a. Leipzig, Böker a. München, Pringal a. Hannover, Daum a. Dresden, Rosenblum, Feldmann u. Fuß a. Berlin, Rentier Herzog a. Königsberg i. Pr., Chemiker Lopinski a. Kosten, Versicherungs-Inspektor Henkelmann a. Berlin, Ingenieur Mathis a. Berlin.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Landsberg u. Wunderlich a. Breslau, Karminski u. Sohn a. Pleschen, Ertelli a. Liegnitz, Schwarz a. Stettin, Kielman u. Cukier a. Warschau, Oekonomierath Müller a. Meseritz, Kommissionär Litkiewicz a. Thorn, die Pfarrer Wagner a. Miloslaw, Pflegel a. Orzeschkowo.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Gerichtssekretär Bockmann mit Familie a. Wollstein, Kand. med. Dorszewski a. Greifswald, Landwirth Skrzycki a. Ulanowo, die Baumeister Rabski a. Miloslaw, Piątkowski a. Gostyn, Beamter Klingbeil a. Bromberg, Lehrerin Fräulein Schmidt a. Leipzig, die Kaufleute Neumann a. Berent, Liegermacher a. Königsberg i. Pr., Dankowiecki u. Frau a. Cöln a. Rh., Gutsbesitzer Biederkowiak a. Schippelwitz, Hoflieferant Fröhlich a. Sagan, Buchhalter Walter a. Posen.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Die Kaufleute Stephan, Weigert, Mandt, Morgenstern u. Pik aus Berlin, Ahrens a. Alfeld, Kitscher a. Dresden, Zimmermann aus Breslau u. Leiser a. Stettin, Assessor Markiwiczy a. Oztümes, Chemiker Boureginski a. Reuske, Schriftsetzer Hagermann a. Kattowitz, Zimmermeister Korytewski a. Glatz, Ob.-Förster Satory a. Polen, Ingenieur Kühnelt a. Wollstein, Lehrer Cukfik a. Rogasen, Buchhändler Dung a. Danzig.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1892.

Datum. Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
8. Nachm. 2	751,3	NW stark	bedeckt	+ 0,3
8. Abends 9	751,5	NW schwach	bedeckt ¹)	— 1,4
9 Morgs. 7	751,7	Windstille	bedeckt	— 2,1

¹) Den Tag über Schnee.

Am 8. März Wärme-Maximum + 0,3° Cels.
Am 8. „ Wärme-Minimum — 5,3° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 8. März Morgens 2,38 Meter.
„ „ 8. „ Mittags 2,38 „
„ „ 9. „ Morgens 2,34 „

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurse.

Breslau, 8. März. Fest.

Neue 3proz. Reichsanleihe 84,80, 3½proz. L.-Pfandbr. 96,85, Konsol. Türken 18,95, Türk. Loose 77,50, 4proz. ung. Goldrente 91,90, Bresl. Diskontobank 92,50, Breslauer Wechslerbank 94,50, Kreditaktien 170,00, Schles. Bankverein 109,00, Donnersmarckhütte 76,00, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 122,00, Oberschles. Eisenbahn 52,00, Oberschles. Portland-Zement 95,00, Schles. Cement 26,00, Oppeln. Zement 96,75, Schles. Dampf. C. —,—, Kramsta 118,00, Schles. Zinkaktien 190,00, Laurahütte 100,90, Verein. Oelfabr. 88,25, Oesterreich. Banknoten 172,05, Russ. Banknoten 207,25, Giesel Cement 101,00.

Hamburg, 8. März. Fest.

Gold in Barren pr. Kilo 2786 Br., 2782 Gd.

Silber in Barren pr. Kilo 122,25 Br., 121,75 Gd.

Frankfurt a. M., 8. März. (Schlußkurse). Fest.

Lond. Wechsel 20,417, 4proz. Reichsanleihe 106,60, österr. Silberrente 80,70, 4⅕proz. Papierrente 81,00, do. 4proz. Goldrente 94,90, 1860er Loose 123,80, 4proz. ungar. Goldrente 92,30, Italiener 88,00, 1880er Russen 92,90, 3. Orientanl. 65,20, unifiz. Egypter 96,60, konv. Türken 19,00, 4proz. türk. Anl. 82,90, 3proz. port. Anl. 27,60, 5proz. serb. Rente 79,20, 5proz. amort. Rumänier 96,90, 6proz. konsol. Mexik. —,—, Böhm. Westb. 296⅜, Böhm. Nordbahn 159, Franzosen 246⅞, Galizier 181⅛, Gotthardbahn 134,10, Lombarden 73¼, Lübeck-Büchen 146,00, Nordwestbahn 180, Kreditaktien 263½, Darmstädter 123,80, Mitteld. Kredit 95,50, Reichsb. 147,00, Disk.-Kommandit 181,70, Dresdner Bank 133,50, Pariser Wechsel 81,025, Wiener Wechsel 171,90, serbische Tabaksrente 79,30, Bochum. Gußstahl 107,60, Dortmund. Union 52,50, Harpener Bergwerk 136,70, Hibernia 123,00, 4proz. Spanier 59,00, Mainzer 111,70.

Privatdiskont 1¾ Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 263⅝, Disk.-Kommandit 181,80, Bochumer Gußstahl 108,00, Harpener —, Lombarden —,—.

London, 8. März. (Schlußkurse.) Fest.

Engl. 2¾proz. Consols 90¹/₁₆, Preuß. 4 prozent. Consols 105, Italien. 5proz. Rente 87⅜, Lombarden 8⅛, 4 proz. 1889 Russen II. Serie) 93⅞, konv. Türken 19¼, österr. Silberr. 80, österr. Goldrente 95, 4proz. ungar. Goldrente 91¼, 4prozent. Spanier 59⅛, 3½proz. Egypter 90¼, 4proz. unific. Egypter 96⅛, 4 proz. gar. Egypter —,—, 4¼ proz. Tribut-Anl. 95¼, 6proz. Mexik. 81¼, Ottomanbank 11⅝, Suezaktien —,—, Canada Pacific 91⅝, De Beers neue 14¼, Platzdiskont 1⅝.

Rio Tinto 17⅜, 4proz. Rupees 70⅛, 5proz. Argent. Goldanleihe von 1886 63, Argentin. 4½proz. äußere Goldanleihe 30½, Neue 3proz. Reichsanleihe 84¼, Silber 41⁹/₁₆.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,55, Wien 12,02½, Paris 25,36¼, Petersburg 24⅛.

Rio de Janeiro, 7. März. Wechsel auf London 11⅞.

Buenos-Ayres, 7. März. Goldagio 240.

Produkten-Kurse.

Danzig, 8. März. Getreidemarkt. Weizen loko matt. — Umsatz 50 Tonnen, Weizen bunt und hellfarbig —, do. hellbunt 214—219, do. hochbunt u. glasig —, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 218, do. p. April-Mai Transit 126 Pfd. 180, do. p. Juni-Juli Transit 126 Pfd. 183. — Roggen loko matt, inländischer p. 120 Pfd. —, do. polnischer oder russischer Transit 176—78, Regulirungspreis zum freien Verkehr 214, do. p. April-Mai Transit 120 Pfd. 180. — Gerste große loko —. Gerste kleine loko —. Hafer loko 136. Erbsen loko 190. — Spiritus p. 10 000 Ltr.-Proz. loko kontingentirt 63,00, nichtkontingentirt 43,50.

Königsberg, 8. März. Getreidemarkt. Weizen matter. Roggen ruhiger, loko per 2000 Pfd. Zollgewicht 203,00. Gerste unverändert. Hafer unverändert, loko p. 2000 Pfd. Zollgewicht 148,00. Weiße Erbsen p. 2000 Pfd. Zollgew. unverändert. Spiritus p. 100 Liter 100 Proz. loko 63½, p. März 63½, p. April 64. — Schnee.

Köln, 8. März. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loko 23,00, do. fremder loko 23,50, p. März 22,85, p. Mai 21,00. Roggen hiesiger loko 23,00, fremder loko 24,75, per März 22,00, per Mai 22,00. Hafer hiesiger loko 15,00, fremder —. Rüböl loko 59,00, p. Mai 56,20, p. Oktober 55,90. — Wetter: Frost.

Bremen, 8. März. (Kurse des Effekten- u. Makler-Vereins. 5proz. Nordd. Wollkämmerei- und Kammgarn-Spinnerei-Aktien — Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 93½ Gd.

Bremen, 8. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Schwach. Loko 6,35 Br.

Baumwolle. Matt. Upland middl., loko 36 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, März 35¼ Pf., April 35½ Pf., Mai 36¾ Pf., Juni 36¼ Pf., Juli 36½ Pf., August 37 Pf.

Schmalz. Fest. Wilcox 35¾ Pf., Armour 35¼ Pf., Rohe — Pf., Fairbanks 31½ Pf.

Wolle. 54 Ballen Cap, — Ballen Natal, — Ballen Buenos Ayres, 8 Ballen Austral., 9 Ballen Kämmlinge, mehr Frage.

Speck short clear middl. 33½.

Hamburg, 8. März. Getreidemarkt. Weizen loko ruhig, holst. loko neuer 206—213. — Roggen loko ruhig, mecklenb. loko neuer 214—218, russ. loko ruhig, neuer 186—188 nom. Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rüböl (unverz.) ruhig, loko 56,00. Spiritus flau, per März-April 33¾ Br., p. April-Mai 33¾ Br., per August-Sept. 34¾ Br., per Sept.-Okt. 35½ Br. — Kaffee ruhig. Umsatz 2000 Sack. — Petroleum ruhig. Standard white loko 6,25 Br., p. Aug.-Sept. 6,25 Br. — Wetter: Schneeluft.

Hamburg, 8. März. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 67¼, per Mai 67¼, p. Juli —, pr. Sept. 65, p. Dez. —. Behauptet.

Hamburg, 8. März. Zuckermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg p. März 14,17½, p. Mai 14,52½, p. August 15,85, p. Oktober —,—. Behauptet.

Petersburg, 8. März. Produktenmarkt. Talg loko 57,00, per Aug. 54,00. Weizen loko 14,25. Roggen loko 12,25. Hafer loko 5,30. Hanf loko 46,00. Leinsaat loko 15,25. Wetter: Frost.

Pest, 8. März. Produktenmarkt. Weizen loko flau, per Frühjahr 10,12 Gd., 10,14 Br., per Mai-Juni 10,10 Gd., 10,12 Br., p. Herbst 9,23 Gd., 9,25 Br. Hafer p. Frühjahr 5,75 Gd., 5,77 Br. Neu-Mais p. Mai-Juni 5,28 Gd., 5,30 Br. Kohlraps p. Aug.-Sept. 13,35 Gd., 13,45 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 8. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig. p. März 25,50, p. April 25,80, p. Mai-August 26,50, p. Sept.-Dez. —. Roggen ruhig, per März 19,20, per Sept.-Dez. 18,60. Mehl ruhig, p. März 54,50, p. April 55,30, p. Mai-August 56,70, p. Sept.-Dez. —,—. Rüböl träge, p. März 54,75, p. April 55,25, pr. Mai-Aug. 56,75, p. Sept.-Dez. 58,00. Spiritus behauptet, p. März 46,25, p. April 45,75, p. Mai-August 44,25, p. Sept.-Dez. 40,50. — Wetter: Kalt.

Paris, 8. März. (Schlußbericht.) Rohzucker behauptet, 88 pCt. loko 38,75. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm p. März 39,62½, p. April 40,87½, p. Mai-August 40,62½, p. Okt.-Jan. 36,25.

Havre, 8. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 15 Points Baisse.

Rio 24 000 Sack, Santos 8000 Sack, Recettes für 2 Tage.

Havre, 8. März. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 91,25, p. Mai 86,25, p. Sept. 83,00. Behauptet.

Antwerpen, 8. März. Getreidemarkt. Weizen niedriger. Roggen weichend. Hafer unbelebt. Gerste ruhig.

Antwerpen, 8. März. Wolle. (Telegr. der Herren Wilkens u. Comp.) Wolle. La Plata-Zug, Type B., per Juni 4,27½, Juli 4,30, Sept. 4,32½, Nov. 4,37½ Käufer.

Antwerpen, 8. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14¾ bez. u. Br., p. März 14¾ Br., p. April 15½ Br., p. Sept.-Dez. 15½ Br. Schwächer.

Amsterdam, 8. März. Getreidemarkt. Weizen p. März —, p. Mai 238. Roggen p. März 218, p. Mai 224.

Amsterdam, 8. März. Bancazinn 54⅛.

Glasgow, 8. März. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 40 sh. 3 d, 40 sh. 6 d.

Bradford, 8. März. Wolle fest, ruhig; Garne gedrückt und billiger verkäuflich; Stoffe geschäftslos.

London, 8. März. 96 pCt. Javazucker loko 15⅞ ruhig. Rüben-Rohzucker loko 14⅛ ruhig. Wetter: Frost.

London, 8. März. Chili-Kupfer 45¾, per 3 Monat 46¼.

Liverpool, 8. März. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 7000 Ballen. Ruhig. Tagesimport 27 000 Ballen.

Liverpool, 8. März, Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 7 000 B., davon für Spekulation u. Export 1500 Ballen. Unverändert.

Middl. amerikan. Lieferungen: März-April $3\frac{41}{64}$ Verkäuferpreis, April-Mai $3\frac{21}{32}$ Käuferpreis, Mai-Juni $3\frac{23}{32}$ Verkäuferpreis, Juni-Juli $3\frac{49}{64}$ do., Juli-Aug. $3\frac{13}{16}$ Käuferpreis, August-Sept. $3\frac{55}{64}$ do., Sept.-Okt. $3\frac{29}{32}$ do., Okt.-Nov. $3\frac{61}{64}$ d. do.

Chicago, 7. März. Weizen p. April 86½, p. Juni 88¼. Mais p. Mai 42⅜. Speck short clear 6,15. Pork p. März 11,05.

Newyork, 7. März. (Anfangskurse.) Petroleum Pipeline certificates per April 59⅛. Weizen per Mai 102½.

Newyork, 7. März. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 7, do. in New-Orleans 6½. Raff. Petroleum Standard white in New-York 6,40 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 5,70, do. Pipeline Certificates p. April 59¼. Ruhig, fest. Schmalz loko 6,80, do. Rohe u. Brothers 7,05. Zucker (Fair refining Muscovados) 3. Mais (New) p. April 50, p. Mai 49⅜, p. Juni 48¼. Rother Winterweizen loko 104⅝. Kaffee Rio Nr. 7,14⅝. Mehl (Spring clears) 4 D. Getreidefracht 4. Kupfer —,—. Rother Weizen p. März 100¾, p. April 101½, p. Mai 99½, p. Juni 97¾. Kaffee Nr. 7 low ord. p. April 12,87, p. Juni 12,32.

Weizen eröffnete schwach, später vorübergehend bessere Stimmung. Schluß schwach in Folge Zunahme der sichtbaren Vorräthe. Mais schwach auf schwäche ausländische Märkte.

Newyork, 7. März. Visible Supply an Weizen 41 555 000 Bushels, do. an Mais 11 051 000 Bushels.

Newyork, 8. März. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 77 000, do. nach Frankreich 76 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 130 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 26 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 10 000 Qrts.

Berlin, 9. März. Wetter: Leichter Frost.

Newyork, 8. März. Weizen per März 100⅛ C., per April 101⅝ C.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 8. März. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit zumeist etwas höheren Kursen auf spekulativem Gebiet. Auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten günstiger, boten aber keine besondere geschäftliche Anregung dar.

Hier entwickelte sich das Geschäft in Folge von Deckungskäufen Anfangs lebhafter, gestaltete sich aber weiterhin ruhiger und die Tendenz erschien dann etwas abgeschwächt; der Börsenschluß ließ aufs Neue eine Befestigung erkennen.

Der Kapitalsmarkt bewahrte feste Gesammthaltung für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen; Deutsche Reichs- und Preuß. konf. Anleihen fest aber ruhig. Fremde, festen Zins tragende Papiere wiesen gleichfalls festere Haltung auf; namentlich Italiener, Russische Anleihen und Noten, Ungarische Goldrente 2c. etwas anziehend und lebhafter.

Der Privatdiskont wurde mit 1½ Proz. notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Kreditaktien zu etwas höherer Notiz ziemlich lebhaft um; Franzosen und Lombarden etwas besser, andere österreichische Bahnen behauptet; Schweizerische Bahnen sowie Warschau-Wien fester.

Inländische Eisenbahnaktien waren behauptet und ruhig.

Bankaktien fester, die spekulativen Devisen, besonders Diskonto-Kommandit-Antheile, etwas höher und lebhafter.

Industriepapiere ziemlich fest, aber wenig belebt; Montanwerthe anfangs zumeist fester, später zum Theil abgeschwächt.

Produkten-Börse.

Berlin, 8. März. Die sichtbaren Vorräthe an Weizen und Mais haben in der letzten Woche nicht unerheblich zugenommen. In Newyork erfuhr der Preis für Weizen in Folge dessen gestern einen Rückgang bis um 1¾ C. für nahe Sichten. Die europäischen Märkte boten keine Anregung; in Holland ist die Abnahme der Kündigungen ohne Wirkung geblieben. An der hiesigen Getreidebörse fehlte es heute wieder an Kaufordres; die Realisationslust wurde noch durch Eingreifen der Platzspekulation mit Abgaben verschärft. Auch die Aufhebung des Ausfuhrverbots für Mais im russischen Gouvernement Kutais blieb nicht ohne Wirkung. Die Preise für **Weizen** und **Roggen** setzten niedriger ein und ließen nach vorübergehender Besserung auch ferner nach; Preise büßten schließlich einige Mark ein. Die Offerten vom Ausland sind für beide Sorten billiger, aber immer noch zu hoch für unsern Markt. **Hafer** still und etwas niedriger. **Roggenmehl** bei schwachem Geschäft wesentlich billigere Preise. In **Mais** war prompte Waare stark begehrt und wegen Mangel an Vorrath höher. Termine still und unverändert. Die Angebote vom Auslande waren reichlich zu billigen Preisen. **Rüböl** bei stillem Geschäft ½ Mark niedriger. In **Spiritus** war die Lokozufuhr schwach. Die Preise ließen loko wie für Termine etwas nach.

Weizen (mit Ausschluß von Rauhweizen) p. 1000 Kg. Loko geschäftslos. Termine ferner gewichen. Gekündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko 197—220 Mk. nach Qualität. Lieferungsqualität 200 Mk., per diesen Monat — M., per April-Mai 198,5—198,75—197,25 bez., per Mai-Juni 200—199 bez., per Juni-Juli 202—200,75 bez., per Juli-August — bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko flau. Termine niedriger. Gekündigt — Ton. Kündigungspreis — M. Loko 203—210 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 209 M., inländischer guter 208 ab Bahn bez., per diesen Monat — M., per April-Mai 210,75 bis 210,5—211—209,25 bez., per Mai-Juni 208,75—208,5—209,5 bis 207,5 bez., per Juni-Juli 206,5—206,25—207—206 bez., per Juli-August — bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 145—195 M. nach Qual. Futtergerste 146—164 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko matt. Termine niedriger. Gekündigt — To. Kündigungspreis — M. Loko 152—176 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 156 Mk. Pomm., preuß. und schles., mittel bis guter 154—162, hochfeiner 170—171 ab Bahn und frei Wagen bez., p. diesen Monat — M., p. April-Mai 152,5 bis 152—152,25 bez., p. Mai-Juni 153,25—152,75—153 bez., per Juni-Juli 154 M.

Mais per 1000 Kilogramm. Loko knapp und höher. Termine niedriger. Gekündigt — To. Kündigungspreis — M. Loko 139—146 M. nach Qual., per diesen Monat — M., per März-April —, per April-Mai 118,75—118—118,25 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli — bez., per Juli-Aug. — bez.

Erbsen p. 1000 Kilo. Kochwaare 190—240 M., Futterwaare 165—172 M. nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sack. Termine flau und niedriger. Gekündigt — Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat 29—28,8 bez., per April-Mai 28,8—28,6 bez., per Mai-Juni 28,6—28,4 bez., per Juni-Juli 28,4—28,25 bez., p. Juli-August — bez.

Rüböl p. 100 Kilo mit Faß. Flauer. Gekündigt — Ztr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß — M., loko ohne Faß — M., per diesen Monat — M., per März-April —, per April-Mai 53,8—53,9—53,5 bez., per Mai-Juni — bez., per Juni-Juli —, per Septbr.-Oktober 54,2—54 bez.

Trockene Kartoffelstärke p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Loko 33,00 M. — **Feuchte** dgl. p. loko 18,50 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sack. Loko 33,00 M.

Petroleum. (Raffinirtes Standard white) p. 100 Kilo mit Faß in Posten von 100 Ztr. Termine —. Gekündigt — Kilo. Kündigungspreis — M. Loko — M., p. diesen Monat — M., per März-April —.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis —,— M. Loko ohne Faß 64,6 bez.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Ltr. à 100 Proz. = 10 000 Ltr. Proz. nach Tralles. Gekündigt —,— Liter. Kündigungspreis — M. Loko ohne Faß 45 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe p. 100 Liter à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gekündigt — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko mit Faß —, p. diesen Monat —.

Spiritus mit 70 Mk. Verbrauchsabgabe. Etwas matter. Gek. — Ltr. Kündigungspreis — M. Loko — M., per diesen Monat — bez., per März-April — bez., per April-Mai 45 bis 44,7—44,9 bez., per Mai-Juni 45,3—45,1 bez., per Juni-Juli 45,6—45,3—45,4 bez., per Juli-Aug. 46,1—45,8—45,9 bez., per Aug.-Sept. 46,1—46,2—45,9—46 bez., per Septbr.-Oktober 44,1 bis 43,8—44 bez., per Oktbr.-Novbr. — bez.

Weizenmehl Nr. 00 29,5—27,5, Nr. 0 27,25—25,25 bez. Feine Marken über Notiz bezahlt.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 29—28 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 30,5—29 bez., Nr. 0 1½ M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. inkl. Sack.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. 1. Doll. = 4¼ M. 1. Rub. = 3 M. 20 Pf. 1 fl. südd. W. österr. = 12 M. 1 fl. W. = 2 M. 1 fl. holl. W. 1 M. 70 Pf., 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 8 März.

Amsterdam	3	8 T.	168,75 bz
London	3	8 T.	20,46 bz
Paris	3	8 T.	81,00 B.
Wien	4	8 T.	171,80 bz
Petersburg	6	3 W.	216,65 bz
Warschau	5½	8 T.	206,90 bz

In Berlin 3, Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1½ G.

Geld, Banknoten u. Coupons.

Souvereigns	20,38 G
20 Francs-Stück	16,10 bz G
Gold-Dollars	
Engl.Not. 1 Pfd.Sterl.	20,39 G
Franz. Not. 100 Frcs.	80,90 G
Oestr. Noten 100 fl.	172,20 bz
Russ. Noten 100 R.	207,10 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Dtsche R.-Anl.	4	106,75 bz
do. do.	3½	98,60 bz
do. do.	3	84,70 G
Prss. cons Anl.	4	106,50 bz G
do. do.	3½	98,00 bz
do. do	3	84,70 G
do- Scrips,int.	3	
Sts.-Anl. 1868	4	101,00 G
Sts.Schld-Sch.	3½	99,90 G
BerlStadt-Obl.	3½	96,80 B.
do. do. neue	3½	96,80 bz G
Posener Prov.-Anl.-Scheine	3½	93,50 bz G
Pfandbriefe: Berliner	5	113,00 bz
do.	4½	110,75 bz G
do.	4	103,90 bz
do.	3½	97,00 G
Ctrl.Ldsch	4	103,25 bz
do. do.	3½	96,25 bz
Kur. u Neu-mrk. neue	3½	96,40 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	94,80 bz G
Pommer.	3½	96,30 bz G
do.	4	
Posensch.	4	101,50 G
do.	3½	95,70 bz G
Schls. altl.	3½	96,80 G
do. do.	4	
ldschl. LtA.	3½	96,80 G
do.	4	
do. do. neu	3½	96,80 G
do. do. I. II.	4	
Wstp Rittr	3½	95,20 B.
do. neul. II.	3½	95,10 G
Rentenbriefe: Pommer.	4	102,75 bz
Posensch.	4	102,75 bz G
Preuss	4	102,75 bz G
Schles.	4	102,75 bz G
Bad. Eisenb.-A.	4	104,50 G
Bayer. Anleihe	4	106,10 G
Brem. A. 1890	3½	95,30 bz
Hmb. Sts. Rent.	3½	97,00 G
do. do. 1886	3	83,75 G
do. amort Anl.	3½	
Sächs. Sts. Anl.	4	
do. Staats-Rnt	3	85,30 G
Prss. Präm-Anl.	3½	161,50 G
H.Pr.-Sch. 40T.	—	363,50 G
Bad.-Präm.-An.	4	139,00 G
Bayr. Pr.-Anl.	4	140,30 G

Brnsch. 20. T.L	—	103,00 G
Cöln-M. Pr.-A.	3½	135,00 G
Dess. Präm.-A.	3½	139,00 G
Ham. 50 T.-L.	3	134,66 bz
Lüb. 50 T.-L.	3½	128,60 G
Mein. 7 Guld-L.	—	27,25 G
Oldenb. Loose	3	129,10 bz

Ausländische Fonds.

Argentin. Anl.	5	35,60 bz G
do. do.	5	37,50 bz G
Bukar. Stadt-A.	5	93 80 G
Buen. Air. G.-A.	5	28,00 bz G
Chines. Anl.	5½	
Dän. Sts.-A. 86.	3½	92,25 bz
Egypt. Anleihe	3	
do. do.	4	96,50 bz
do. 1890	3½	90,00 B.
do. Daira-S.	4	93,50 bz
Finnländ. L.	—	56,80 bz
Griech. Gold-A	5	64,75 bz G
do. cons. Gold	4	59,00 bz G
do. Pir.-Lar.	5	59,50 bz G
Italien. Rente	5	88,40 bz G
Kopenh. St.-A.	3½	
Lissab. St.A.I.II.	4	39,25 bz G
Mexikan. Anl.	6	81,70 bz
Mosk. Stadt-A.	5	64,50 G
Norw. Hyp-Obl	3½	92,50 B.
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	94,90 bz G
do. Pap.-Rnt.	4⅕	81 00 G
do. do.	5	88,30 bz
do. Silb.-Rent.	4⅕	80,75 G
do. 250 Fl. 54.	4	
do. Kr. 100 (58)	—	332,40 bz
do. 1860er L.	5	123,30 bz
do. 1864er L.	—	317,20 bz B.
Poln. Pf-Br. I-V	5	64,90 bz G
do. Liq.-Pf.-Br.	4	62,75 bz
Portugies. Anl. 1888—89	4½	39,00 bz G
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,80 B.
Röm. Stadt-A.	4	85,20 B.
do. II. III. VI.	4	78,60 bz G
Rum. Staats-R.	4	82,90 bz G
do. do. Rente	4	82,90 bz G
do. do. fund.	5	101,75 bz
do. do. amort.	5	96,80 G
Rss. Engl. A. 1822 (1 Pfd. St. = 20 M.)	5	114,10 bz
do. 1859	3	80,40 bz
cons. 1871		
do. 1872		
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1880	4	98,00 bz B.
Russ. Goldrent	6	103,50 bz G
do. 1884 stpfl.	5	100,50 bz G
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	65,30 bz
III. Orient 1879	5	65,30 bz
Nikolai-Obl.	4	93,30 bz G
Pol. Schatz-O.	4	91,25 G
Prä.-Anl. 1864	5	151,50 bz
do. 1866	5	144,50 bz
Bodkr.-Pfdbr.	5	101,00 bz G
do. neue	4½	95,50 G
Schwedische	3½	93,80 B.
Schw. d. 1890	3½	93, 80
do. 1888	3	84,75 bz
Schw. Hyp.-Pf.	4½	103,90 G
Serb. Gld-Pfdb.	5	85,00 G
do. Rente	5	79,40 bz G
do. do. neue	5	79 50 bz
Stockh. Pf. 87	4	
do. St.-Anl. 87	3½	
Span. Schuld	4	
Türk. A. 1865 in Pfd. Sterl. cv.	1	
do. do. B.	1	26,95 G
do. do. C.	1	18,95 bz G
do. Consol. 90	4	76,00 bz G
do. Zoll-Oblig	5	87,90 G
Trk. 400 Frc.-L.	—	77,50 bz B.
do. EgTrib-Anl	4¼	94,25 G
Ung. Gld-Rent.	4	92,40 B
do. Gld.-Inv.-A.	5	102 60 G
do. do. do	4½	101,25 bz G
do. Papier-Rnt.	5	87,40 G
do. Loose	—	
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Aachen-Mastr.	—	60,25 bz G
Altenbg.-Zeitz	—	178,10 bz G.
Crefelder	4⅘	93,60 bz
Crefld-Uerdng	—	
Dortm.-Ensch.	—	100,10 bz G.
Eutin-Lübeck	—	46,25 bz
Frnkf.-Güterb.	—	79,25 bz
Ludwsh.-Bexb.	—	222,00 bz
Lübeck-Büch.	—	149,50 bz
Mainz-Ludwsh	—	115,30 bz
Marnb.-Mlawk.	—	55,50 bz G
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101,60 bz
Ostpr. Südb.	—	72,00 bz G.
Saalbahn	—	39,40 bz G.
Stargr.-Posen	4½	102,10 bz
Weimar. Gera	—	17,50 bz
Werrabahn	—	75,20 bz G.
Albrechtsbahn	1	
Aussig-Teplitz	—	281,00 bz
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	74,00 B.
Buschtherader	—	193 00 bz
Canada Pacifb.	—	87,75 bz
Dux-Bodenb.	—	237,25 bz
Galiz. Karl-L.	4	
Graz-Köflach	—	113,25 bz
Kaschau-Od.	4	
Kronpr. Rud.	4¾	89,75 B.
Lemberg-Cz.	7	
Oestr. Staatsb.	—	
do. Lokalb.	—	76,30 bz G.
do. Nordw.	4¾	88,25 B.
do. Lit. B. Elb.	—	102,00 bz G.
Raab-Oedenb.	—	25,10 bz
Reichenb.-P.	3,81	78,80 bz
Südöstr. (Lb.)	—	40,20 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	
Balt. Eisenb.	3	64,50 bz
Donetzbahn	5	95,90 bz
Ivang. Domb.	5	99,90 bz
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest	3	65,75 bz
Russ. Staatsb.	6,56	129,25 bz
do. Südwest.	5,93	73,70 bz
Warsch-Teres	5	
do. Wien.	—	217,50 B.
Weichselbahn	5	66 50 bz
Amst.-Rotterd.	—	
Gotthardbahn	—	138,50 B.
Ital. Mittelm.	5½	91,25 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	118,90 bz
Lüttich-Lmb.	—	19,50 B.
Lux. Pr. Henri	—	54,80 bz G
Schweiz. Centr	—	130,00 G
do. Nordost	—	
do. Unionb.	—	
do. Westb.		
Westsicilian.	—	

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Altdm-Colberg	4⅘	109,80 bz
Bresl-Warsch.	—	45,10 G
Czakat.-St.-Pr.	—	102,50 bz G.
Dux-BodnbAB.		
Paul-Neu-Rup.	5	105,00 G
Prignitz	4½	104,10 bz
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron.	—	112,60 bz
Marienb Mlawk	—	105,00 bz
Mecklb. Südb.	—	24,75 B.
Ostpr. Südbah	—	108 25 bz G
Saalbahn	—	100,90 bz
Weimar-Gera.	—	86,00 G

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Berg-Märkisch	3½	97,75 G
Berl. Potsd.-M.	4	102,00 G
BrslSchwFrb H		
Bresl.-Warsch	5	
Hz Ludwh 68/9	4	
do. 90	3½	
Oberschl. Lit. B	3½	97,75 G
do. Lit. E.	3½	97,75 G
do. Em. v. 1879		
do Niedrs Zwg	3½	97,75 G
do (StargPos)	4	101,50 B
OstprSüdb I-IV	4½	
Rechte Oderuf		
Albrechtsb gar	5	
BuschGold-Ob	4½	103,10 G
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-PragG-Pr.	5	107,60 G
do.	4	100,10 G
Franz.-Josefb.	4	83,25 G
Gal KLudwg. g.	4½	
do. do. 1890	4	81,60 B
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	96,20 bz G
Kronp Rudolfb	4	81,80 G
do. Salzkammg	4	100,10 bz G
Lmb Czernstfr	4	79,50 bz G
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt, g	3	84,00 bz G
do. Staats-I. II	5	106,60 G
do. Gold-Prio.	4	100 50 G
do. Lokalbahn	4½	
do. Nordwestb	5	92,50 G
do. NdwB. G.-Pr	5	107,50 G
do. Lt. B. Elbth.	5	91,80 G
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	69,25 bz G
Reichenb.-Pr. (SNV)	5	
do. Gold-Prior.	5	
Südost. B. (Lb.)	3	69,00 bz B.
do. Obligation.	5	103,50 bz
do. Gold-Prior.	4	96,50 bz
Baltische gar.	5	94,60 G
Brest-Grajewo	5	93,50 G
Gr. Russ. Eis. gar.	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	96,40 bz G
Koziow-Wor. g.	4	81,50 bz
do. 1889	4	88,00 bz B.
do. Chark. As. (O)	4	85,60 G
do. (Oblig.) 1889	4	90,50 bz
Kursk-Kiewconv	4	87,30 bz G
Losowo-Sebast.		
Mosco-Jaroslaw		64,10 G
do. Kursk gar.		
do. Rjäsan gar.	4	87,10 G
do. Smolensk g.	5	98,00 bz
Orel-Griasy conv	4	84,90 bz
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Koslow g	4	86,00 bz G
Rjaschk-Morozg	5	97,90 G
Rybinsk-Bolog.	5	87,00 G
Schuja-Ivan. gar.	5	
Südwestb. gar.	4	88,70 bz
Transkaukas. g.	3	75,20 G
Warsch.-Ter. g.	5	98,30 bz
Warsch-Wien n.	4	95,80 bz
Wladikawk. O. g.	4	
Zarskoe-Selo	5	88,50 G
Anatol. Gold-Obl.	5	84,30 bz G
Gotthardbahnov.	4	103,30 bz
Ital. Eisenb.-Obl.	3	64,70 bz B
Serb. Hyp.-Obl.	5	80,10 B
do. Lit. B.	5	79,00 bz B
Süd. Ital. Bahn	3	
Central-Pacific	5	
Illinois-Eisenb.	4	98,40 bz
Manitoba	4½	97,20 B.
Northern Pacific	6	114,75 bz
San Louis-Franc.	6	106,75 bz
Southern Pacific	6	111,50 G

Hypotheken-Certifikate.

Danz. Hypoth.-Bank	3½	91,10 G
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	111,80 G
do. do. II.	3½	107,70 bz G
do. do. III. abg.	3½	97,00 G
do. do. IV. abg.	3½	97,00 G
do. do. V. abg.	3½	92,00 bz G
do. Hp. B. Pf. IV. V. VI.	5	110,80 G
do. do.	4	101,40 bz G
do. do.	3½	
Hmb. Hyp. Pf. (rz. 100)	4	
do. do. (unkünd bar bis 1./1. 1900)	4	96,10 bz G
do. do. (rz. 100)	3½	92,60 bz
MeiningerHyp-Pfdbr.	4	100,80 bz G
do. Pr.-Pfdbr.	4	128,20 bz
Pomm. Hypoth.-Akt.-B.-Pfandbr. III. u. VI.	4	101,30 bz G
PrB.-Grunkb. (rz 110)	5	113,90 G
do. Sr. III. V. VI. (rz 100)	5	107,75 G
do. do. (rz. 115)	4½	114,60 G
do. do. X. (rz. 110)	4½	110,70 G
do. do. (rz. 100)	4	100,50 bz
Pr. Centr.-Pf. (rz. 100)	4	101,50 bz G
do. do. (rz. 100)	3½	93,75 G
do. do. kündb.	4	
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	94,00 bz G
Fr. Hyp.-Bl. (rz 120)	4½	
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	101,30 bz G
do. do. (rz. 100)	3½	94,30 bz G
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,20 bz
do. do. do.	3½	93,00 bz G
Schles. B.-Cr (rz, 100)	4	100,80 G
do. do. (rz. 100)	3½	94,10 G
Stettin, Nat.-Hyp.-Cr.	5	
do. do. (rz. 110)	4½	103,60 bz G
do. do. (rz. 110)	4	100,50 bz G
do. do. (rz, 100)	4	100,00 bz G

Bankpapiere.

B. f. Sprit-Prod. H	3	58,25
Berl. Cassenver.	7¼	133,60 G
do. Handelsges.	9½	134,60 bz
do. Maklerver.	11	126,90 B.
do. Prod-Hdbk.	—	12[illegible],00 bz G
Börsen-Hdlsver.	11	155,00 bz B
Bresl. Disc.-Bk.	6	92,40 G
do. Wechslerbk.	6	94,10 G
Danz. Privatbank	8¼	
Darmstädter Bk.	9	127,50 G
do. do. Zettel	4½	101,30 G
Deutsche Bank	10	153,50 bz B.
do. Genossensch.	7	120,40 bz G
do. Hp. Bk. 60pCt.	6½	111,50 bz B.
Disc.-Command.	11	185,90 bz
Dresdener Bank	10	137,50 bz
Gothaer Grund-creditbank	0	86,60 G
Internat. Bank	6	102,75 bz
Königsb. Ver.-Bk	4	97,10 G
Leipziger Credit	12	157,75 bz G
Magdeb. Priv.-Bk	6⅓	101,00 bz B.
Maklerbank	11½	119,80 G
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	127,00 bz
Meininger Hyp.-Bank 60 pCt.	5	100,30 G
Mitteld. Crdt.-Bk.	6	99,25 bz B.
Nationalbk. f. D.	6½	111,40 bz
Nordd. Grd.-Crd.	0	79,60 G
Oester. Credit-A.	10⅝	69,90 G
Petersb. Disc.-Bk	16	
do. Intern. Bk.	12.1	
Pom. Vorz.-Akt.	6	108,75 G
Posen. Prov.-Bk.	6	103,00 G
Pr. Bodencr.-Bk.	7½	122,75 bz G
do. Cnt-Bd. 50pCt	10	150,30 G
do. Hyp.-Akt.-Bk.	6½	119,75 bz G
do. Hyp.-V. A.-G. 25 pCt.	8	105,25 G
do. Immob.-Bank 80 pCt.	15	276,00 G
do. Leihhaus	8	
Reichsbank	8.81	147,40 bz G
Russische Bank	7	68,40 G
Schles. Bankver.	7	108,80 G
Warsch Comrzb.	10	
do. Disconto	8,9	

Industrie-Papiere.

Allg. Elekt.-Ges.	9	131,00 bz G
Anglo Ct. Guano	—	145,25 bz G
Bauges. Berl.-Charl.	—	148,25 G
Bauges. City St.-Pr.	—	
Bauges. Dtsche. Bau.	3	78,50 bz G
Bauges. Hann. St.-P.	—	77,00 bz G
Bauges. Humb	6	
Moabit	—	126,00 B.
Passage	3½	67,10 G
U. d. Linden	6	13,25 G
Berl. Elektr-W.	9	149,50 G
Berl. Lagerhof	0	85,00 bz G
do. do. St.-Pr.	—	110,25 bz
Ahrens Br., Mbt	0	55,00 bz B.
Berl. Bock-Br.	0	59,00 bz G.
Schultheiss-Br	16	242,25 G
Bresl. Oelw.	10	89,00 G
Deutsch. Asph.	4	78,75 G
Dynamit Trust.	11	134,60 bz G.
Erdmannsd. Sp	—	85,75
Fraust. Zucker	0	67,50 G
Glauz. do.	8⅓	126,80 G
Gummi Harbg.-Wien	20	245,25 G
do. Schwanitz	0	
do Voigt Winde	—	119,40 G
do. Volpi Schlüt	5	94,75 G
Hemmoor Cem	—	93,50 G
Köhlm. Strk.	14	
Körbisdf. Zuck.	8	123,00 bz B.
Löwe & Co.	18	22,750 bz
Bresl. Linke	—	147,50 G
do. Hofm.	—	
Germ-Vrz.-Akt	6	73,50 bz G
Görlitz ov.	10	122,00 G
Görl. Lüdr.	13	147,10 G
Grusonwrk.	10	137,10 G
H. Paucksch.	0	
Schwarzkopff.	18	226,25 G
Stettin. Vulk.-B	—	110,50 bz
Sudenburg	24	
O.-Schl. Chem.	10	88,90 G
do. Portl.-Cem	5½	95,00 bz G
Oppeln Cem-F.	5½	96,75 bz G
do. (Giesel)	6	102,00 bz G
Gr. Berl. Pferdb	12½	224,00 bz B.
Hamb. Pferdeb	—	193,00 G
Potsd. ov. Pfdrb	—	87,00 bz
Posen. Sprit-F.	4	
Rositzer Zuck.	—	58,00 G
Schles. Cem.	—	128,00 bz G
Stett Bred. Cem	—	93,00 bz G
do. Chamott.	—	202,75 bz
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	—	122,00 bz
Berzelius	—	120,25 bz G
Bismarckhütte	8	117,00 G
Boch Gussst-F.	6½	168,10 bz G
Donnersmrck	—	71,25 bz G
Dortm. St-Pr. A	2	53,50 bz
Gelsenkirchen	12	138,90 bz
Hibernia	12	127,40 bz
Hörd St.-Pr.-A.	1½	40,25 bz G
Inowracl. Salz	—	29,25 bz
König u. Laura	8	101,90 bz
Lauchham. ov.	10	106,50 G
Louis. Tief St Pr	14	110,50 bz
Oberschl. Bd.	—	52,00 G
do. Eisen-Ind.	—	108,00 bz G
Redenh. St.-Pr.	0	32,75 bz G
Riebeck. Mont.	15	177,75 bz G
Schles. Kohlw.	0	28,00 bz G
do. Zinkhütt.	—	190,00 G
do. do. St.-Pr.	—	190,00 G
Stolb. Zk.-H.	—	51,50 bz
do. St.-Pr.	—	113,50 bz G
Tarnowitz ov.	—	
do. do. St.-Pr.	0	27,50 G

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.